

Polizeieinsatz auf Gelände der Gedenkstätte Neuengamme

Am 2. Oktober hat die Hamburger Polizei die Besetzung des Klinkerwerkes durch Roma durch die Räumung beendet. Vergleichsweise wenig Öffentlichkeit hat sich mit den Gründen der Besetzung, den Forderungen nach Bleiberecht für staatenlose Roma, beschäftigt. Bisher gab es auch wenig Protest gegen den Einsatz von Polizei auf dem Gelände eines ehemaligen KZ.

Während des letzten Gedenkstättenseminars in Nürnberg haben wir eine Erklärung dazu verabschiedet, die im Folgenden abgedruckt ist.

Wir bitten alle Organisationen und Einzelpersonen ähnlich lautende Protestnoten an den Senat der Hansestadt Hamburg zu schicken!

Erklärung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars des "Arbeitskreises der Gedenkstätten- und Initiativen für die Opfer des NS-Regimes" vom 5.-8. Oktober in Nürnberg

Im Mai 1988 trafen sich in Hamburg Vertreterinnen und Vertreter der Gedenkstätten und -Initiativen aus der Bundesrepublik, um sich u.a. über die Zukunft der Gedenkstätte des ehemaligen KZ Neuengamme zu informieren.

Knapp eineinhalb Jahre später, am 2. Oktober 1989, vertrieb Hamburger Polizei jene Roma aus der Klinker-Halle des ehemaligen KZ-Neuengamme, die sich dorthin geflüchtet hatten, um die ihnen drohende Abschiebung ins Ausland zu verhindern.

Die fehlende Bereitschaft staatlicher Stellen, den betroffenen Roma und Sinti ein Bleiberecht einzuräumen, bestürzt besonders zu einem Zeitpunkt, zu dem gleichzeitig die großzügige Eingliederung von Aus- und Übersiedlern aus

Mittel- und Osteuropa in weit größerer Zahl möglich ist und als vordringliche humanitäre Verpflichtung öffentlichkeitswirksam dargestellt wird.

Wir befürchten, daß damit latent vorhandenen rassistische Einstellungen in der Bevölkerung Vorschub geleistet wird.

Kultursenator von Münch hatte schon vor Beginn der Zufluchtsaktion der Roma, Ende August, die Weisung erteilt, das Dokumentenhaus der KZ-Gedenkstätte zu schließen; er hob diese Weisung erst nach dem Polizeieinsatz wieder auf.

Dieses Verhalten, vor allem aber der Polizeieinsatz auf dem Gelände einer KZ-Gedenkstätte, gerichtet gegen ehemals von den Nazis Verfolgten und deren Angehörige, zeigt: Für die politisch Verantwortlichen der Hansestadt Hamburg wiegen formale Rechtstitel und taktisches Kalkül schwerer als politischer und menschlicher Anstand.

Gegen diese Vorgehen protestieren die in Nürnberg versammelten 50 Vertreterinnen und Vertreter von 30 Gedenkstätten und -Initiativen.

Ein solcher Übergriff auf eine Gedenkstätte stellt aber nicht nur eine unzumutbare Mißachtung jener Menschen dar, die einen solchen Ort als letzte Zuflucht wählten. Er fügt ebenso dem Gedenken und der Praxis der Erinnerungsarbeit, die sich der nationalsozialistischen Vergangenheit stellt und daraus Konsequenzen zieht, schweren Schaden zu. Insofern verstehen wir die Schließung des Dokumentenhauses und die Polizeiaktion in der KZ Gedenkstätte Neuengamme als einen direkten Angriff auf die von uns seit Jahren geleistete Arbeit.